

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP
<i>Wie sollten die Direktzahlungen ab 2020 gestaltet werden?</i>	Wir halten die Direktzahlungen aufgrund ihrer Einkommenswirksamkeit für unverzichtbar. Wie wichtig sie zur Stabilisierung der Betriebe sind, hat nicht zuletzt der Dürresommer 2018 gezeigt; dies verdeutlichen ebenfalls immer wieder die erheblichen Marktschwankungen in allen Bereichen der landwirtschaftlichen Erzeugung. Wir wollen die Direktzahlungen künftig noch zielgenauer auf die regional verwurzelte, familiengeführte Landwirtschaft ausrichten und dabei kleinere und mittlere Betriebe, die bäuerliche Tierhaltung und Junglandwirte stärker fördern. Das heißt verpflichtende Förderung der ersten Hektare über das bisherige Niveau hinaus. Eine umfängliche Umschichtung der Mittel von der ersten in die zweite Säule lehnen wir ab. Die zweite Säule muss von vornherein für sich finanziell gut ausgestattet werden. Ebenso lehnen wir gekoppelte Zahlungen ab, da sie zu Wettbewerbsverzerrungen führen können. Wir	Geld aus dem europäischen Agrarbudget muss den Grundsatz „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ erfüllen. Das bedeutet, dass Subventionen künftig an Umwelt-, Klima- oder Tierschutzleistungen ausgerichtet sein müssen. Die europäische Agrarpolitik braucht eine EU-weit einheitliche, verbindliche Deckelung der Direktzahlungen, ohne Degression und ohne die Arbeitskräfte-Anrechnung. Es ist nicht vermittelbar, dass eine kleine Unternehmenszahl, die bereits von erheblichen Größenvorteilen profitiert, einen Großteil der europäischen Gelder abschöpft. Leistungen für Umwelt- und Klimaziele sollen bei der Deckelung unberührt bleiben. Wenn große landwirtschaftliche Betriebe viel für Umwelt, Klima und Tierwohl tun, sollen sie dafür auch entsprechend entlohnt werden. Flächen mit großem Nutzen für Umwelt und Klima, wie etwa Grünland, müssen zukünftig höhere Zahlungen erhalten als	Agrarzahlungen sollten an gesellschaftliche Leistungen gekoppelt werden und spätestens ab 2027 nur noch für Leistungen erbracht werden, die positive Wirkungen für Klima-, Umwelt-, Natur- oder Tierschutz erbringen. So lange Direktzahlungen fortbestehen, setzen wir uns für eine Kappung unter Einbeziehung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ein.	DIE LINKE spricht sich gegen Kappung und Degression aus bzw. eine Anrechnung der Arbeitsplätze. Landwirtschaftsfremde InvestorInnen sollen ganz aus der Förderung ausgeschlossen werden. Dazu kann eine geeignete Regelung zum „echten Landwirt“ beitragen. Ausnahmen für gekoppelte Zahlungen halten wir für gerechtfertigt, wenn Gemeinwohlinteressen damit gesichert werden können, z. B. bei einer Weidetierprämie. Generell müssen auch die Direktzahlungen an soziale und ökologische Kriterien gebunden werden. DIE LINKE will eine strategische Ausrichtung der Agrarpolitik auf die Stärkung ortsansässiger, nachhaltig produzierender Agrarbetriebe und mehr regionale Wertschöpfung. Dazu tragen regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung bei. Die Bindung an globale Märkte mit Export- und Importdruck ist falsch, weil sie für einheimische Betriebe den Wachstumsdruck	Aufgrund des Wegbrechens der britischen Beiträge und neuer Herausforderungen für den EU-Haushalt, etwa bei der Sicherung von Europas Wettbewerbsfähigkeit im Zeitalter der Digitalisierung oder dem Schutz der Außengrenzen, wird das heutige Niveau der Zahlungen nicht zu halten sein. Um Strukturbrüche zu vermeiden sowie den unterschiedlichen Agrarstrukturen und landwirtschaftlichen Erzeugungszweigen gerecht zu werden, wollen wir Freien Demokraten die Förderung über einen planbaren Zeitraum abschmelzen. Einsparungen sollten dabei vorrangig in der bürokratischen Struktur und der zweiten Säule erreicht werden. Eine starre Kappungsgrenze bei den Direktzahlungen lehnen wir ab, da sie zu Umgehungsstrategien, wie zum Beispiel künstlichen Betriebsteilungen, führen würde.

CDU/CSU

SPD

**Bündnis 90/
Die Grünen**

Die Linke

FDP

<p>setzen uns für eine deutliche Rückführung gekoppelter Zahlungen in allen EU-Ländern, insbesondere im Ackerbau ein.</p>	<p>Ackerfläche. Damit soll der Umweltnutzen auf der Fläche nicht nur ausgeglichen, sondern angemessen entlohnt werden. Wir fordern, dass Umwelt-, Klima- und Tierschutz auch in der Fläche zukünftig besser bezahlt werden. Deshalb braucht die GAP ein eindeutig abgegrenztes Budget, das in allen Mitgliedstaaten für diese Maßnahmen reserviert sein muss. Wir fordern außerdem eine faire Unterstützung der JunglandwirtInnen, eine stärkere Stützung der ersten Hektare und die Förderung der benachteiligten Gebiete. Umschichtungen zwischen den Säulen dürfen ausschließlich von der 1. Säule in die 2. Säule passieren. In Deutschland gibt es keine gekoppelten Zahlungen und dabei sollte es im Grundsatz auch bleiben. In den Mitgliedstaaten, die daran festhalten wollen, muss klar geregelt werden, dass diese Zahlungen zu keiner Überproduktion führen und keine negativen Folgen für Umwelt und Klima sowie das Tier-</p>		<p>auf Kosten von Mensch und Natur ungesund erhöht und damit auch bäuerliches Eigentum vernichtet wird.</p>	
---	---	--	---	--

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP
		wohl haben dürfen. Dies würde auch den deutschen LandwirtInnen zugutekommen, da dies mögliche Verzerrungen auf dem europäischen Binnenmarkt minimieren soll. Für uns SozialdemokratInnen sind gekoppelte Zahlungen höchstens in klar begrenzten Ausnahmefällen, wie zum Beispiel bei der Förderung der innereuropäischen Produktion von Eiweißpflanzen oder in der Ziegen- und Schafhaltung denkbar.			
<i>Sollte die EU den Ökolandbau stärker fördern?</i>	Der Ökolandbau soll weiterhin verlässlich aus der zweiten Säule gefördert werden. Die Förderung der Umstellung und die Ökopremien wollen wir erhalten. Wir halten es zudem für wichtig, dass der Ökolandbau von den EU-Forschungsmitteln für den Agrarbereich profitiert.	Der ökologische Landbau ist ein besonders auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes landwirtschaftliches Produktionssystem. Der Ökosektor produziert qualitativ hochwertige und gesunde Lebensmittel. Darüber hinaus erbringt der ökologische Landbau eine Vielzahl gesellschaftlich erwünschter Leistungen. Daher wollen wir den Öko-Landbau in der EU auch weiterhin stärker fördern. Der Sektor muss durch weiteres Wachstum auch in die Lage versetzt werden, die große Nachfrage nach Bio-Produkten in der EU	Wir wollen, dass generell nachhaltige Formen der Landwirtschaft gefördert werden. Der ökologische Landbau erfüllt die Anforderungen, die mit dem Ziel der Nachhaltigkeit verbunden sind, in vielfältiger Weise. So lange Agrarzahungen weiterhin vorrangig hektarbasiert vergeben werden, muss der Ökolandbau gesondert und besonders honoriert werden.	Ja, DIE LINKE will aber insgesamt eine nachhaltigere Landwirtschaft. Ökologisch oder konventionell wirtschaftende Betriebe dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vor Ort sollten die Agrarbetriebe im Interesse einer regionalen Versorgung und der natürlichen Lebensbedingungen kooperieren. Da der Ökolandbau nachweislich besonders positive Wirkungen für die biologische Vielfalt, den Gewässer- und Bodenschutz aber auch für die Entwicklung im Ländlichen	Wir Freien Demokraten lehnen eine pauschale Bevorzugung des Ökolandbaus ab. Wir wollen Bildung sowie Forschung und Entwicklung systemunabhängig fördern und verbessern. Maßgeblich für ein weiteres Wachstum des Ökolandbaus sind nicht dauerhafte Subventionen, sondern vor allem ein organisches und marktbasierendes Wachstum der einschlägigen Vertriebsstrukturen.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP
		zu bedienen. Das robuste Wachstum des Sektors wollen wir weiterhin unterstützen und setzen uns in diesem Sinne für eine praxisgerechte Umsetzung der neuen Öko-VO ein.		Raum hat, ist seine Unterstützung ein Gemeinwohlinteresse. Dazu gehört mehr Forschung für Pflanzengesundheit und Alternativen zu synthetischem Pflanzenschutz, für standortangepasste Pflanzen- und Tierzucht sowie für nachhaltige Bewirtschaftungsmethoden.	
<i>Sollte die EU ihr Gentechnikrecht so anpassen, dass Züchtungsverfahren wie Crispr/Cas Eingang in die landw. Praxis finden?</i>	Wir setzen uns auf europäischer Ebene für eine Präzisierung im Gentechnikrecht ein. Ziel ist, eine klare rechtliche Trennung zwischen transgener Gentechnik und klassischen bzw. modernen Züchtungstechnologien, wie beispielsweise Crispr/CAS und Technologien der Mutagenesezüchtung. Wir wollen die Chancen, die uns neue Züchtungstechnologien wie Crispr/CAS bieten, prüfen und abwägen. Nach der Wahl zum Europäischen Parlament streben wir an, den Rechtsrahmen der EU hierfür ggf. anzupassen.	Das Grundsatzurteil des Europäischen Gerichtshofes ist klar: Crispr/Cas Verfahren fallen unter die geltenden EU-Regeln zur Gentechnik. Diese Verfahren sollen also zukünftig streng kontrolliert werden und die daraus entstehenden Produkte bedürfen einer entsprechenden Kennzeichnung. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes begrüßen wir, da es Rechtssicherheit bringt. Grundsätzlich stehen wir dem Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ablehnend gegenüber. Wie eine große Mehrheit der Bevölkerung wollen wir keine gentechnisch veränderten Pflanzen auf unseren Äckern.	Die VerbraucherInnen wollen Agro-Gentechnik weder in Lebens- noch in Futtermitteln. Wir kämpfen dafür, den Durchmarsch der Agro-Gentechnik sowohl bei Lebens- wie bei Futtermitteln zu stoppen. Auch neue Gentechnik-Methoden wie CRISPR müssen im Rahmen der EU-Gentechnik-Gesetzgebung reguliert werden. Doch ob alte oder neue Gentechnik: die Gentechnik bekämpft nicht den Hunger der Welt, sondern ist Teil des Problems. Durch Patente auf Saatgut versuchen die Konzerne, sich das Monopol über die landwirtschaftliche Produktion und Ernährung zu ver-	Nein. Die so genannten neuen Züchtungsverfahren haben vergleichbare ökologische, gesundheitliche und sozioökonomische Risiken wie agrogentechnische Verfahren und sind deshalb genauso rechtlich zu bewerten und zu regulieren. Das Zulassungsverfahren muss qualifiziert werden damit es unabhängig, transparent ist und alle Gefahren erfasst und gefährliche Pflanzen nicht zugelassen werden. Patente auf Leben lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Wir fordern ein Moratorium für die Zulassung solcher Patente und eine rechtliche Klärstellung für die Grenzen der	Wir Freie Demokraten stehen für einen offenen und transparenten Umgang mit den neuen Züchtungstechniken des Genome Editing, welches das Portfolio der biotechnologischen Methoden ergänzt. Es erlaubt präzise, zeit- und kostensparende Änderungen im Erbgut einer Nutzpflanze, die von natürlichen Mutationen nicht zu unterscheiden sind. Angesichts des Klimawandels und globalen Bevölkerungsanstiegs wollen wir eine verantwortungsvolle Erforschung dieser Techniken nicht ideologisch verbauen. Wir

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP
			<p>schaffen. Gleichzeitig bleiben Gen-Pflanzen eine Bedrohung für die natürliche Artenvielfalt. Wir benötigen keine riskanten Gen-Pflanzen, sondern eine Landwirtschaft, die auf eine verbesserte und ausgewogene Ernährung insgesamt zielt und lokale Gegebenheiten berücksichtigt.</p>	<p>Patentierbarkeit. Das Europäische Patentamt muss unabhängig entscheiden, also z. B. unabhängig von der Erteilung von Patenten finanziert werden.</p>	<p>setzen uns daher für eine voll-ständige Neuordnung des europäischen Gentechnik-rechts ein, um nicht nur die Bewertung der in-zwischen klassischen Grünen Gentechnik an den heutigen Wissensstand anzupassen, sondern auch genominterne Änderungen mithilfe von CRISPR/Cas transparent, rechtlich klar und fortschrittsorientiert so zu regeln, dass das Produkt und nicht die Methode der Erzeugung bewertet wird. Wir brauchen widerstandsfähige und ertragsstarke Nutzpflanzen, um eine Verringerung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln im konventionellen und von umweltbelastenden Pflanzenschutzmitteln im Ökolandbau zu ermöglichen.</p>
<p><i>Brauchen wir ein europäisches Tierwohllabel?</i></p>	<p>Wir führen derzeit in Deutschland national ein freiwilliges dreistufiges Tierwohllabel ein. Dadurch sollen sich die Verbraucher besser informieren und</p>	<p>Die geplante, freiwillige staatliche Tierwohlkennzeichnung in Deutschland ist ein erster Schritt, aber ein zu kleiner, der für uns nicht ausreicht. Zu allererst muss es</p>	<p>Die beste Lösung im Sinne der VerbraucherInnen, der Tiere und der engagierten LandwirtInnen ist eine einheitliche europäische gesetzliche Regelung zum Tier-</p>	<p>Ja. DIE LINKE tritt für mehr Tierschutz und faire Marktbedingungen ein. Dabei unterstützen wir ausdrücklich eine verpflichtende, staatliche Tierschutz-</p>	<p>Wir Freie Demokraten stehen für ein Europa des Tierschutzes. Die Verantwortung für eine möglichst leidensfreie Tierhaltung endet nicht an</p>

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP
<p>Landwirte Marktchancen nutzen können, wenn sie Tierwohleleistungen über den gesetzlichen Standards erbringen. Davon ausgehend könnte dann ein europäisches Tierwohllabel entwickelt werden – analog zum Ökosiegel. Das halten wir für wünschenswert und streben es an.</p>	<p>verpflichtend sein und für alle Nutztiere gelten. Wir finden, dass die Kriterien deutlich höher sein müssen als beim gesetzlichen Standard vorgesehen. Zu viele unterschiedliche Label verwirren nur die Verbraucherin und den Verbraucher. Einige wenige andere europäische Mitgliedstaaten haben ebenfalls freiwillige, staatliche oder privatwirtschaftliche Tierwohllabel. Deshalb fordern wir ein europäisches Tierwohllabel, nach dem Vorbild der Eierkennzeichnung, die gut funktioniert und von den Verbraucherinnen und Verbrauchern auch angenommen wurde. Sie ist die einzige Lösung, die langfristig funktionieren wird, auch ohne den europäischen Binnenmarkt zu verzerren. Generell ist außerdem ein Gesamtkonzept dringend notwendig, wie mit Tieren umgegangen werden soll und wie zukünftig Lebensmittel produziert werden. Daher fordern wir SozialdemokratInnen eine europäische Nutztierstrategie.</p>	<p>schutz und zu dessen transparenter Kennzeichnung auf den entsprechenden Produkten. Die Abschaffung der Käfighaltung auf EU-Ebene zeigt, dass ein eng vernetzter europäischer Binnenmarkt auch europäische Lösungen verlangt. Die VerbraucherInnen erwarten klare und verständliche Kennzeichnungen für tiergerecht produzierte Lebensmittel auf europäischer Ebene.</p>	<p>kennzeichnung, die auch Verbraucherinnen und Verbrauchern Sicherheit, Verlässlichkeit und Klarheit geben muss. Ein europäisches Tierwohllabel ist dann unterstützenswert, wenn es Mindestanforderungen nicht unterläuft. Die Kriterien für eine Vergabe müssen dabei transparent sein, regelmäßig überprüft werden und eine Verbesserung des Tierwohls bedeuten. Gleichzeitig muss aber gesichert werden, dass gegebenenfalls anfallende Mehrkosten für höhere Standards auch von der gesamten Wertschöpfungskette getragen werden und nicht nur von den erzeugenden Betrieben.</p>	<p>den Grenzen der Mitgliedstaaten. Statt nationale, freiwillige Alleingänge zu gehen, wollen wir europäisch einheitliche Standards setzen. Deswegen treten wir für die kurzfristige Einführung eines verpflichtenden europäischen Tierschutzsiegels ein, welches es den Verbraucherinnen und Verbrauchern einfach und transparent ermöglicht, die an ein tierisches Produkt angelegten Tierschutzstandards zu erkennen, und Wettbewerbsverzerrungen beseitigt.</p>

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP
<i>Muss die EU-Pflanzenschutzzulassung reformiert werden?</i>	<p>Wir befürworten eine Überarbeitung der Genehmigungs- und Zulassungsverfahren von Pflanzenschutzmitteln in der EU, wie sie das EU-Parlament beschlossen hat. Mehr Transparenz, die Gewährleistung einer unabhängigen Prüfung und ein noch besserer Schutz von Gesundheit und Umwelt sind das Ziel. Wichtig ist uns, dass Bewertung und Zulassung auf wissenschaftlicher Grundlage erfolgen und neue umweltfreundliche Pflanzenschutzmittel zügig zugelassen werden.</p> <p>Außerdem muss in der EU dafür Sorge getragen werden, dass die europäische Harmonisierung bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln praktikabel umgesetzt wird und Definitionen und Verfahrensgrundsätze vereinheitlicht werden. Zudem ist es besonders dringlich, die Effizienz der Pflanzenschutzmittelzulassung in Deutschland zu verbessern. Wir lehnen das Ansinnen des Umweltbundesamtes ab, im</p>	<p>Vielerorts spüren wir die Folgen eines intensiven Pestizideinsatzes. Nicht nur der Verlust von Insekten, sondern auch die Belastung des Grundwassers sind dafür symptomatisch. Hier muss sich Einiges ändern.</p> <p>Die SPD ist der Meinung, dass das Zulassungsverfahren von Pestiziden reformiert werden muss und setzt sich dafür ein, dass dies in einem unabhängigen, objektiven und transparenten Verfahren geschieht. Dafür sind folgende Punkte zentral:</p> <p>Neue Studien machen deutlich, dass das Gefahrenpotential für Bestäuber, Biodiversität und uns Menschen aktuell nur teilweise erfasst wird. Insbesondere die Folgen von Pestizidmischungen und die Langzeitfolgen des Pestizid-Einsatzes werden bisher nur ungenügend erforscht. Das muss sich ändern.</p> <p>Die jahrzehntelange Anreicherung von Pestizidrückständen im Boden hat fatale Auswirkungen auf die Bodenvitalität. Wir fordern,</p>	<p>Das Zulassungsverfahren für Pestizide muss überarbeitet werden. In die Zulassungsanforderungen von Pestiziden gehört es auch, Daten zur langfristigen Toxizität von Wirkstoffen aufzunehmen. Darüber hinaus sollte die Vergabe der jeweiligen Prüfaufträge an nationale Einrichtungen, die der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) oder der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) in der Regel zuarbeiteten, transparenter gestaltet werden. Ziel sollte eine Landwirtschaft ohne den Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide sein. Dafür bedarf es mehr Forschung und der Förderung chemiefreier Alternativen.</p>	<p>Ja. DIE LINKE setzt sich für ein unabhängiges, transparentes und alle Gefahren erfassendes EU-Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzwirkstoffe ein. Studien zur Risikoeinschätzung sollen von Antragstellenden über einen Fonds finanziert, aber unabhängig erstellt werden. In die Studien müssen auch kumulative und langfristige Wirkungen sowie Ausbringungstechnik und Gefahren durch Beistoffe einbezogen werden. Gesundheitliche und ökologische Risiken müssen bei Zulassung im Sinne des Vorsorgeprinzips bewertet werden.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen ein einheitliches, auf neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen basierendes EU-Verfahren zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln erreichen, um gleiche Wettbewerbsbedingungen für die landwirtschaftlichen Betriebe in allen Mitgliedstaaten herzustellen. Dazu müssen behördliche Zuständigkeiten vereinfacht und Entscheidungswege standardisiert werden. Es ist gerade auch im Sinne eines nachhaltigen Resistenzmanagements nicht hinnehmbar, wenn Pflanzenschutzmittel in einem Mitgliedstaat sofort und in anderen mit mehrmonatiger Verzögerung oder überhaupt nicht zugelassen werden. Die veränderten Klimabedingungen erfordern immer häufiger ein sofortiges Eingreifen, was zu erheblichen Wettbewerbsvorteilen an den Standorten führt, an denen Zulassungsver-</p>

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP
	<p>Wege der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln Bewirtschaftungsauflagen zu erteilen, die faktisch zur Stilllegung von zehn Prozent der Betriebsfläche führen würde.</p>	<p>in der EU-Gesetzgebung endlich maximale Rückstandswerte für Oberflächengewässer und Böden festzulegen. Neue Erkenntnisse aus der Forschung, wie etwa die Gefahr durch an Staubpartikeln haftende Pestizidabbauprodukte, müssen dazu führen, dass auch aktuelle Zulassungen neu bewertet werden.</p> <p>Es müssen neue Kapazitäten für die Bewertung von (Wieder-)Zulassungsanträgen in den Mitgliedstaaten geschaffen werden, denn die Behörden sind aktuell überfordert. Es ist nicht akzeptabel, dass zahlreiche Produkte durch Notfallzulassungen weiterhin auf dem Markt sind und in vielen Mitgliedstaaten der aktuelle Gesetzesrahmen nur ungenügend umgesetzt wird.</p>			<p>fahren in kurzer Frist abgeschlossen werden.</p>
<p><i>Mit welchen Instrumenten sollte die Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel unterstützt werden?</i></p>	<p>Zunächst gilt es, im Klimawandel stabile Landnutzungssysteme und angepasste Ställe zu entwickeln und das Wissen über Demonstrations- und Modellvorhaben in die Praxis zu überführen. Wir haben dafür</p>	<p>Die europäische Landwirtschaft muss grundsätzlich nachhaltiger werden. Dafür wollen wir in der neuen GAP-Reform die Basis legen. Für uns ist dabei der schrittweise Ausstieg aus den Flächenprämien richtungsweisend.</p>	<p>Die Landwirtschaft ist laut Weltagrarbericht sowohl Verursacherin als auch Betroffene des Klimawandels und hat darüber hinaus das Potenzial zu seiner Begrenzung. Wir wollen die Landwirtschaft, zuallererst über</p>	<p>DIE LINKE fordert einen Ausbau der Beratungsangebote für Landwirtinnen und Landwirte, die kostenfrei und betriebsspezifisch erfolgen sollten. Inhalt dieser Beratungen sind bspw. Einsparmöglich-</p>	<p>Neben einem verlässlichen Zulassungswesen für Wirkstoffe des Pflanzenschutzes und der Ermöglichung neuer Resistenzzüchtungen durch eine Neuordnung des europäischen Gentech-</p>

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP
<p>die Mittel im Agrarhaushalt erhöht. Die Anpassung des Ackerbaus an den Klimawandel, z. B. durch Veränderung der Anbaustrukturen zur Vermeidung von Schäden durch Hitzestress und Frühjahrstrockenheit, wird ein wichtiger Bestandteil der Ackerbaustrategie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sein.</p> <p>Es wird erwartet, dass durch den Klimawandel die Extremwetterereignisse zunehmen. Das erfordert ein noch besseres Risikomanagement der Betriebe. Hierbei sind zuerst privatwirtschaftliche Lösungen gefragt. Die Direktzahlungen tragen zur Risikoabsicherung der Betriebe bei. Ebenso hilft die verringerte Steuer auf Mehrgefahrenversicherungen, Risikoversorge zu betreiben. Deshalb wollen wir den ermäßigten Steuersatz auch auf Trockenheitsversicherungen ausdehnen.</p>	<p>Nur wenn wir Landwirtinnen und Landwirte für ihre Leistungen in Sachen Umwelt-, Klima- und Tierschutz ordentlich bezahlen, können wir unsere Landwirtschaft nachhaltiger machen und gleichzeitig ein faires Einkommen für den Sektor sicherstellen. Für die SPD ist die flächengebundene Landwirtschaft, weniger Mineraldüngereinsatz sowie weniger stickstoffreiches und regionales Futter und die umweltfreundliche Ausbringung von Gülle zentral. Im Allgemeinen muss der Sektor, wie übrigens alle anderen auch, mit klaren Berechnungen zeigen, dass er sich am Klimaschutz beteiligt. Ein wirkungsvoller Beitrag zum Klimaschutz ist in allen Bereichen unseres Wirtschaftens selbstverständlich.</p>	<p>die Ausgestaltung der GAP, bei den Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel, unterstützen. Anpassungssysteme müssen entwickelt oder wieder entdeckt werden, die eine Minimierung der Risiken durch den Klimawandel mit sich bringen. Die landwirtschaftlichen Systeme müssen vorrangig auf Widerstandsfähigkeit ausgerichtet werden. Die landwirtschaftliche Beratung muss zu bekannten Klimaanpassungstechniken, Fruchtfolgegestaltung und Humusaufbau geschult und ausgebaut werden. Forschungsgelder über das europäische Forschungsprogramm Horizon Europe müssen für nachhaltige landwirtschaftliche Forschungskonzepte zur Verfügung gestellt werden.</p>	<p>keiten des CO₂-Ausstoßes über eine flächengebundene Tierhaltung und Nutzungsmöglichkeiten von nassen Flächen. Um die Landwirtinnen und Landwirte dabei auch finanziell zu unterstützen, müssen Paludikulturen wie Torfmoos, Rohrkolben und Schilf, aber auch alternative, klimaschutzrelevante Kulturen wie Miscanthus oder Nutzhanf beihilfefähig sein. Außerdem müssen regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen für diese Produkte gefördert werden. Eine Weidetierprämie unterstützt die gesellschaftlich wichtige Arbeit der Weidetierhalterinnen und -halter für den Klima-, Natur- und Hochwasserschutz und den Schutz der biologischen Vielfalt.</p>	<p>nikrechts fordern wir Freien Demokraten vor allem mehr Möglichkeiten für eine eigenverantwortliche Risikoversorge gegen zunehmende Witterungsrisiken. Damit Landwirtinnen und Landwirte künftig nicht mehr von willkürlichen Entscheidungen der Politik abhängig sind, sollte im deutschen Steuerrecht endlich eine steuerbefreite Risikoausgleichsrücklage für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft ermöglicht werden. Die Anforderungen zur Anspargung und Auflösung wollen wir so einfach wie möglich gestalten. Zudem sollten im Rahmen der zweiten Säule verstärkt Investitionen in technische Maßnahmen zur Risikominderung gefördert werden (zum Beispiel Hagelschutznetze oder Bewässerungssysteme).</p>

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP
<p><i>Sind Sie für Einsparungen im EU-Agrarhaushalt oder sollten die Mitgliedstaaten notfalls auch ihre Beiträge erhöhen, um den Etat aufrechtzuerhalten?</i></p>	<p>Für die GAP sind ausreichend Mittel einzuplanen. Die GAP muss finanziell in bisheriger Höhe ausgestattet sein. Schließlich ist die GAP von entscheidender Bedeutung für unsere landwirtschaftlichen Betriebe, für gesunde Lebensmittel, für Natur und Umwelt sowie für die Vitalität der ländlichen Räume und damit für den Zusammenhalt Europas.</p>	<p>Ein starkes Agrarbudget ist wichtig, damit die gemeinsame Agrarpolitik ihre Aufgaben erfüllen kann. Jedoch muss hierbei gewährleistet werden, dass das Geld zielgerichtet ausgegeben wird. Die Landwirtschaft soll nicht weniger Geld erhalten, sondern mit zielgenauen Programmen und Leistungen Gemeinwohleinstellungen für Klima-, Umwelt- und Tierschutz erbringen. Wir wollen einen EU-Haushalt, der den Anforderungen an die EU entspricht und der dort investiert, wo Europa mehr leisten kann als die Mitgliedstaaten das alleine könnten. Für Forschung und Innovation, für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und für ambitionierte Klimaprojekte müssen wir deswegen deutlich mehr investieren. Dazu gehört für uns auch eine gute finanzielle Ausstattung für eine moderne, progressive Landwirtschaftspolitik in der EU. Deshalb finden wir, dass die Mitgliedstaaten generell ihre Beiträge erhöhen müssen, damit nach dem Brexit und</p>	<p>Ja, gegebenenfalls müssen die Mitgliedstaaten ihre Beiträge erhöhen, um den Etat aufrechtzuerhalten.</p>	<p>Für eine nachhaltigere und tierschutzgerechtere Landwirtschaft wird auch öffentliches Geld im Interesse des Gemeinwohls gebraucht. Unter der Voraussetzung, dass die Agrarförderung konsequenter auf soziale und ökologische Effekte und mehr Tierwohl ausgerichtet wird, wird der EU-Agrarhaushalt in gleicher Höhe gebraucht. Zusätzliche Zahlungen der Mitgliedstaaten sind gerechtfertigt oder auch der Verzicht auf andere Ausgaben, z. B. bei der Aufrüstung.</p>	<p>Nicht nur hinsichtlich des Wegfalls der britischen Beiträge, sondern auch mit Blick auf neue Ausgabenfelder der EU, etwa bei der Forschungsförderung oder in der Sicherheitspolitik, wird die Gemeinsame Agrarpolitik nicht umhinkommen, Beiträge zu den erforderlichen Sparanstrengungen zu leisten. Wir sehen hier vorrangig Potentiale in einer Entschlackung der bürokratischen Strukturen und in der zweiten Säule. National könnten entsprechende Kürzungen teilweise durch Bund und Länder im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz aufgefangen werden. Unser Ziel ist es, die Gemeinsame Agrarpolitik marktwirtschaftlich zu modernisieren und landwirtschaftliche Betriebe dabei zu unterstützen, schrittweise unabhängig von Fördermitteln zu werden.</p>

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP
<i>Müssen Tiertransporte in der EU strenger geregelt werden?</i>	Wir setzen uns in der EU für eine Begrenzung der Transportdauer von Schlachttieren auf maximal acht Stunden ein. Der Export in Drittländer sollte unserer Auffassung nach untersagt werden. Solange es dafür keine Mehrheit gibt, sollten wenigstens im Sommer keine Transporte in Drittländer mit hohen Temperaturen genehmigt werden. Die unionsgeführte Bundesregierung engagiert sich auf EU-Ebene bereits für eine Änderung der Tierschutz-Transportverordnung. Exporte von Zuchttieren in Drittländer sollten auf wirklich wertvolle Tiere, die dort auch nachhaltig für Zuchtzwecke genutzt werden, beschränkt werden. In jedem Fall muss die Tierschutz-Transportverordnung in allen EU-Staaten einheitlich und konsequent vollzogen werden. Denn selbstver-	angesichts der vielen neuen Aufgaben für die EU, ein ausreichendes Budget vorhanden ist. Auf Europas Straßen sind jährlich über eine Milliarde Tiere unterwegs. Mindestens sechs Millionen von ihnen werden auf Strecken transportiert, die über acht Stunden in Anspruch nehmen. Wir SozialdemokratInnen prangern an, dass dabei die gesetzlichen Mindestvorgaben nur selten in einem ausreichenden Maße erfüllt werden. Am Ende der Rechnung ist der Transport von lebendigen Tieren oft billiger als der Transport des Fleisches. Das kann nicht sein. Wir fordern deshalb, dass Langstreckentransporte für erwachsene Tiere auf maximal acht Stunden, für nicht-entwöhnte Tiere auf vier Stunden, begrenzt werden müssen. Dies muss auf EU-Ebene verpflichtend eingeführt werden. Gerade auch bei Transporten in Drittstaaten dürfen sich die	Die EU-Transportverordnung muss überarbeitet werden. Es bedarf einheitlicher Regelungen in der gesamten EU was maximale Transportzeiten, Kontrolle, Training und Vollzug anbelangt. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Lebendtiertransporte in EU-Drittstaaten, bei denen die Beförderung nicht den Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 entspricht, so lange nicht mehr durchgeführt werden, bis die Einhaltung der Vorgaben der genannten Verordnung zum Schutz der Tiere auch bei solchen Transporten gewährleistet ist. Darüber hinaus wird zurecht angemahnt, dass die Bedingungen der Transporter nicht auf die jeweilige Tierart oder das Alter der Tiere abgestimmt sind.	Ja. DIE LINKE fordert eine maximale Transportdauer von 4 Stunden bei Zucht- und Nutztieren inklusive Auf- und Abladezeiten. Lebendtiertransporte in Drittstaaten lehnen wir ab. Für eine Verkürzung von Transportzeiten müssen regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen besser unterstützt werden.	Wir Freien Demokraten setzen uns für die mittelfristige Einführung einheitlicher europäischer Tierhaltungsstandards ein. Insbesondere die Regelungen zum Tiertransport bis zum endgültigen Beförderungsort müssen auch dann eingehalten werden, wenn dieser außerhalb der EU liegt. Lebendtierexporte an Ziele außerhalb der EU, die nicht die europarechtlichen Mindeststandards zum Schutz der Tiere einhalten, müssen unterbunden werden. Wir fordern eine verstärkte europaweite Kontrolle der Einhaltung dieser Vorschriften.

CDU/CSU

SPD

**Bündnis 90/
Die Grünen**

Die Linke

FDP

<p>ständig dürfen Transporte nicht genehmigt werden, wenn die Einhaltung der tierschutzrechtlichen Vorgaben nicht über die gesamte Transportdauer gewährleistet ist.</p>	<p>Mitgliedstaaten nicht aus der Verantwortung stehlen. Nach der ständigen Rechtsprechung dürfen sie bereits strengere nationale Vorschriften für den Schutz von Tieren beim Transport einführen, solange diese mit dem Hauptziel der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 im Einklang stehen. Zudem hat der Europäische Gerichtshof bereits 2015 im sogenannten Zuchtvieh-Fall (C-424/13) entschieden, dass der Tierschutz nicht an der Unionsgrenze endet, sondern EU-Vorschriften bis zum endgültigen Bestimmungsort des Lebendtiertransports gelten. Als SozialdemokratInnen fordern wir, dass die Umsetzung der EU-Gesetzgebung zum Wohle der Tiere erfolgt und dass ansonsten die entsprechenden Sanktionen durchgesetzt werden. Dies muss auch in Drittländern sichergestellt werden, sonst dürfen keine Tiere dorthin transportiert werden. Deshalb fordern wir, dass die Mitgliedstaaten ihre Verantwortungen im Rahmen der Verordnung 1/2005 auch</p>			
--	---	--	--	--

CDU/CSU

SPD

Bündnis 90/
Die Grünen

Die Linke

FDP

		konsequent erfüllen. Wenn dies nicht geschieht, muss die EU- Kommission gegen die entsprechenden Mitgliedstaaten ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten. Zudem setzen wir SozialdemokratInnen uns für eine neue, nachhaltige Agrarpolitik ein, denn hohe Tierschutzstandards sind für uns zentral.			
--	--	--	--	--	--